

# Avanti

2

Theoriebeilage

„Die Kämpfe  
zusammenführen“

ISO Rhein-Neckar



Nach den Wahlen:  
„Grundrechte verteidigen -  
Widerstand organisieren!“

## INHALT

## TITEL

- 01 WIDERSTAND STATT ...**  
Gemeinsam kämpfen

## EDITORIAL / INHALT / KURZ &amp; KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**  
Kurz & knapp?

## SEITE DREI

- 03 WIDERSTAND STATT ...**  
Gemeinsam kämpfen

## FRAUENBEFREIUNG

- 04 8. MÄRZ – FRAUENKAMPFTAG**  
Was tun?

## ANTIFASCHISMUS

- 05 PROTESTE GEGEN RECHTSRUCK**  
Von der „Mitte“ nach rechts außen

- 06 WIDERSPRUCH STÄRKEN**  
Notwendiges Diskussions-Training?

## ARBEITSWELT

- 07 „ZEITENWENDE“ BEI ALSTOM**  
Panzerbau und Personalabbau

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

der beschleunigte – und vermeidbare – Rechtsruck hat sich nun auch im Ergebnis der Bundestagswahlen ausgedrückt. Erstmals gibt es in der Geschichte der Bundesrepublik eine extrem rechte parlamentarische Mehrheit der Merz-Union und der faschistischen AfD.

Die höchstwahrscheinlich bevorstehende Bildung einer von Merz geführten Koalition aus CDU/CSU und SPD wird diese bedrohliche Entwicklung nicht stoppen. Im Gegenteil!

Die vielbeschworene „Brandmauer“ des Parlamentarismus gegen Rechts hat sich durch das jüngste nationale und internationale Geschehen nachdrücklich als Illusion erwiesen.

In der aktuellen Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> befassen wir uns mit dieser Gemengelage und dem dringend notwendigen außerparlamentarischen Widerstand.

In der Beilage stellen wir den Schlussteil des Manifests der IV. Internationale „im Zeitalter kapitalistischer Zerstörung von Umwelt und Gesellschaft“ vor.

Wir freuen uns sehr, wenn die März-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> Euer Interesse findet.

*Eure Redaktion*

*Titelgrafik: Avanti*<sup>2</sup>, 23. Februar 2025.

## INHALT

- 08 MERCEDES BENZ**  
„Profit, Profit, Profit“?

- 09 IGBCE BEZIRKSKONFERENZ**  
Rauere Zeiten

- 10 VERDACHSTKÜNDIGUNGEN**  
Faschistisches Arbeitsunrecht?

## ISO / IV. INTERNATIONALE

- 11 NOUVEAU FRONT POPULAIRE**  
Ein Hoffnungsschimmer

## RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 500 JAHRE BAUERNKRIEG (II)**  
Warum die „12 Artikel“?

- 12 TERMINE**

## THEORIEBEILAGE

- 01 SOZIALISMUS ODER ... (II)**  
„Die Kämpfe zusammenführen“

## „Widerstand statt ‚Brandmauer‘?“

### Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar in Mannheim

**Samstag, 26.04.25, 13:30 - 18:30 Uhr**

Die faschistische Bedrohung ist weiter angewachsen. Der Erfolg der AfD bei den Bundestagswahlen ist untrennbar mit der fortgesetzten Brutalisierung des neoliberalen Kapitalismus verbunden. Eine künftige Bundesregierung Merz droht, den scharfen Rechtsruck weiter zu verstärken. Zunächst wird sie noch ohne direkte Mitwirkung der AfD die bereits von Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ beschleunigen.

Die von Merz Ende Januar 2025 billigend in Kauf genommene Unterstützung der AfD für seine heuchlerischen Anträge gegen die „irreguläre Migration“ haben deutlich gemacht, dass es auch im Bundestag keine parlamentarische „Brandmauer“ gibt. Erfreulicherweise hat das Manöver von Merz die antifaschistischen Massenproteste neu belebt und nebenbei die parlamentarische Wiederauferstehung der LINKEN ermöglicht.

Diese von Merz nicht einkalkulierten Folgen sind sehr erfreulich, aber es bedarf weit mehr als Demos und Wahlerfolge, um den Rechtsruck bekämpfen und den Faschismus besiegen zu können.

Wir wollen auf die Frage „Widerstand statt ‚Brandmauer‘?“ bei unserem Frühjahrsseminar gemeinsam nach Antworten suchen. Im Anschluss an das Seminar möchten wir den Tag zusammen ausklingen lassen.

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme und bitten aus organisatorischen Gründen um verbindliche Anmeldung. Entweder direkt bei unseren Aktiven, per Brief an ISO Rhein-Neckar, Postfach 1026110, 68026 Mannheim, per Tel./Fax 0621/42948154 oder per E-Mail an [info@iso-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-rhein-neckar.de)



*Demo gegen Rechts in Mannheim, 22. Februar 2025.*

*Foto: Helmut Roos.*

# Grundrechte verteidigen Widerstand organisieren

U. D.

**Im Vorfeld der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 haben erneut Millionen Menschen gegen Faschismus und rechte Politik demonstriert. Trotz dieser Mobilisierungen hat sich mit dem Wahlerfolg von CDU/CSU und AfD die rechte Schussfahrt fortgesetzt.**

**C**DU/CSU und AfD stellen 360 der 630 Bundestagsabgeordneten. Damit sind Rassismus, Abschottung, Militarisierung und neoliberale Ultras im Parlament noch stärker vertreten als bisher.

## Wahlgewinner: Rassismus und Hetze ...

Der Osten Deutschlands ist politisch fest in den Händen der blau-braunen AfD. Aber auch im Westen gewinnt sie dramatisch an Zustimmung.

Millionen Menschen haben bewusst autoritäre, sexistische, rassistische oder offen faschistische Parteien gewählt. Besonders erschreckend ist, dass AfD und CDU/CSU die Mehrheit der arbeitenden Klasse für eine Stimmabgabe zu ihren Gunsten gewinnen konnte.

## ... und autoritärer Kapitalismus

Mehr als 90 % der Wählenden haben pro-kapitalistische Abgeordnete gewählt, die eine Politik im Profit-Interesse der Konzerne und Reichen fortsetzen werden. Aber diesmal nicht wie 2021 von einer Ampel sozial und ökologisch schöngefärbt, sondern in einer aggressiven, konservativ-autoritären Merz-Variante.

Damit drohen verschärfte Angriffe auf Migrant:innen und Asylsuchende, Sozialabbau, Einschränkung demokratischer Rechte, Zurückdrängen von Frauen- und Queerrechten, Angriffe auf das Arbeitsrecht, Verschlechterung des Mietrechts, Abbau Öffentlicher Dienste, weniger Klimaschutz, Angriffe auf zivilgesellschaftliche Gruppen, Nationalismus und Aufrüstung.

## Hauptverlierer: Die arbeitende Klasse

Längst zahlt die arbeitende Klasse die Zeche für die kapitalistischen Krisen. Steigende Mieten, steigende Energiepreise, Angriffe auf soziale Sicherungssysteme, digitale Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung, Betriebsschließungen, prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Niedriglöhne usw. sind Alltag geworden. Die Merz-Regierung wird die Lage weiter verschlechtern.

Die große Mehrheit der Gewerkschaftsspitzen ist trotz aller Krisen weiterhin vom „demokratischen“ Kapitalismus überzeugt. Anstatt Verteidigungskämpfe zu organisieren, halten sie an der „Sozialpartnerschaft“ fest und fordern eine Industriepolitik im Interesse der „Wirtschaft“. Damit schwächt sie zunehmend politisch und organisatorisch ihre Mitgliederbasis und „ihre“ eigenen Organisationen. Diese zurückweichende Politik ermöglicht es den Rechten, ihren Einfluss in den Betrieben auszubauen.

## Der Rechtskurs der „bürgerlichen Mitte“

Wer glaubt, der politische Wind habe sich gedreht und der unerwartete Wahlerfolg der Linkspartei sei Ausdruck einer politischen Wende, täuscht sich über die gesellschaftliche Dynamik.

Die tiefen kapitalistischen Krisen erzeugen verstärkt soziale

Unsicherheit und existenzielle Ängste. Auf diesem Boden können autoritäre, ultraliberale und faschistische Strömungen besonders gedeihen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis weiter nach rechts verschieben.

Die „bürgerliche Mitte“ antwortet auf die Krisen mit einem Weiter-wie-bisher und verschärften Angriffen auf die arbeitende Klasse. Sie kann den Faschismus nicht wirklich bekämpfen, weil dies auch Kampf gegen Kapitalmacht und kapitalistische Profitwirtschaft bedeuten würde. Aber dazu ist sie nicht bereit und nicht in der Lage. Deshalb bleibt ihr nur der Weg nach rechts. Sie gibt dem rechten Druck nach, übernimmt bereitwillig rechte Positionen und ebnet so den Weg für die extreme Rechte weiter.

## Außerparlamentarische Gegenwehr organisieren

In der aktuellen Situation auf das Parlament zu setzen, ist verhängnisvoll. Gerade die Mobilisierungen der letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass das gesellschaftliche Kräfteverhältnis auf der Straße verändert wird. Darum müssen Mobilisierung und Aufklärung gegen rechte Politik und die drohenden Angriffe fortgesetzt werden: am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, in Schulen, Hochschulen, Unis, Stadtteilen, Gewerkschaften und Vereinen.

Besondere Bedeutung hat dabei die politische Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. Nur wenn dort die politische Linke ihren Einfluss wieder vergrößern kann, werden linke Ideen auch auf Massenebene wieder populär. Nur so kann eine spürbare Gegenwehr und in der Folge eine breite antikapitalistische Bewegung aufgebaut werden, die in der Lage ist, sowohl Neoliberalismus als auch Faschismus zurückzudrängen.

Um den drohenden Angriffen erfolgreich zu widerstehen, muss die politische Linke ihre Kräfte bündeln. Dies kann ihr letztlich nur gelingen, wenn sie solidarisch eine außerparlamentarische „soziale und ökologische Front“ der Gegenwehr aufbaut. ■



Demo gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.

# Frauenrechte verteidigen Gegen Rechts auf die Straße

AG FRAUEN DER ISO

**Die Ergebnisse der letzten Wahlen [...] bestätigen, was viele Unterdrückte schon lange befürchten: die Konsolidierung konservativer und rechtsextremer Ansichten in den politischen Parteien und der Gesellschaft.**

**A**ngesichts dieser traurigen Entwicklung sollten wir jedoch eine gegenteilige Bewegung nicht ignorieren. Tausende Menschen stellen sich dem Aufstieg der extremen Rechten aktiv entgegen, sowohl mit ihrer Stimme als auch auf der Straße, in massiven Protesten. Unter ihnen sind viele Frauen und Queers, insbesondere junge, sowie Migrant:innen. Dieser Aktivismus bietet Hoffnung auf eine andere Entwicklung.

Die Rechten konfrontieren uns mit einem Gesellschaftsbild, das auf allen Ebenen von rücksichtsloser Machtausübung geprägt ist: Männer über Frauen, Väter über alle Familienmitglieder, Reiche über Arme, Menschen über die Natur, Weiße über alle anderen, reiche Nationen über ärmere und so weiter. [...] Es ist das Bild einer frauenfeindlichen, homophoben und rassistischen Autokratie, voller Hass auf die Armen und Schwächeren.

Die extreme Rechte vertritt diese Sicht am deutlichsten. Sie entlarvt damit die neoliberalen Parteien als heuchlerisch. [...] Als politische Praxis war der Neoliberalismus für die unterdrückte Mehrheit, die Arbeiter:innenklasse, Frauen, Queers, Migrant:innen und People of Colour katastrophal. Sie hat die Sicherheitsnetze und Garantien für Gleichheit und wirtschaftlichen Wohlstand für viele zugunsten der Profite einiger weniger ausgehöhlt.

Die Rechten nutzen die verbreitete Unzufriedenheit mit dieser Politik und ihren Befürwortern. Allerdings machen sie sich den verbreiteten Individualismus zunutze, um sich gegen alle Schwächeren zu wenden. Aber sie bieten keinen Ausweg aus Elend und Armut für die Vielen. Ihre Perspektive ist keine Vision der Emanzipation, sondern eine von noch mehr Ausbeutung und Unterdrückung.

## Eine neue Machtkultur schiebt sich nach vorne

Wir haben es mit einer neuen Machtkultur zu tun, die von ei-

ner antifeministischen Ideologie angeheizt wird. Diese Ideologie hasst alles, was die patriarchale Macht des weißen Mannes in Frage stellt. [...] Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen dieser Haltung und der Existenz von maskulinistischen Subkulturen, meist im Internet und in sozialen Medien. Dort äußern Männer ihre Empörung über die angebliche Macht, die Frauen, Queers und People of Colour jetzt innehaben. Sie stellen sich selbst als Opfer dar und verdrehen die Realität [...].

Wie Daten aus mehreren Ländern, einschließlich Deutschland, eindeutig zeigen, werden junge Männer zunehmend von den Versprechungen der extremen Rechten gelockt. Der Neoliberalismus hat sie entrechtet und die Prekarisierung der Arbeitswelt hat ihnen den Boden unter den Füßen weggezogen. Jetzt sind sie bereit, die frauenfeindlichste und rassistischste Politik zu wählen. [...]

## Frauen und Queers werden bedroht!

Frauen, Queers und andere Unterdrückte sehen ihre Rechte erneut unmittelbar bedroht. Die hart erkämpften Siege unserer Vorfürerinnen und Verbündeten werden von Rechtsextremen und ihren Anhängern offen in Frage gestellt. Slogans wie „your body, my choice“ sind nicht nur Bilder aus den USA. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, das es in Deutschland praktisch immer noch nicht gibt, wird noch unsicherer.

Auf gesellschaftlicher Ebene wird Gewalt gegen Frauen erneut legitimiert. Die Daten zeigen eine deutliche Zunahme: Im Jahr 2023 wurden in Deutschland 360 Femizide gezählt, fast einer pro Tag! Frauen werden in der Privatsphäre und im Beruf benachteiligt, was zu Armut führt. Deutschland hat einen der höchsten Anteile von Frauen in Teilzeitarbeit, insbesondere nach der Gründung einer Familie, dafür aber einen der niedrigsten Anteile in Europa von Frauen in Wissenschaft und Führungspositionen. [...] Der Druck, traditionelle Rollen zu übernehmen, wird zunehmen, wenn rechtsextreme Ideen mehr Macht bekommen. Dann ist zu befürchten, dass Infrastruktur, die Eltern bei der Sorgearbeit unterstützt, massiv abgebaut wird, zum Beispiel Kitas, Nachmittagsbetreuung in der Schule, Beratungsstellen, Pflegeplätze. [...]

## Frauen und Queers – wir verteidigen unsere Rechte!

Die Welt der Rechtsextremen ist eng und hierarchisch. Unsere ist weit und offen. Wir wollen echte Emanzipation für alle, und auf dieser Suche sind wir Frauen nicht allein. Queers, Migrant:innen, People of Colour, Menschen mit Behinderungen, die Arbeiter:innenklasse, die Jugend sind unsere Verbündeten. Wir stehen zusammen, um unsere Rechte heute zu verteidigen und die Welt von morgen zu erkämpfen. ■



Demo gegen Rechts in Mannheim, 22. Februar 2025.

Foto: Helmut Roos.

# Massenproteste gegen weiteren Rechtsruck der „demokratischen Mitte“

H. N.

**Ende Januar 2025 hat Merz, damals noch „Kanzlerkandidat“ der konservativen CDU/CSU, bewusst den Tabubruch herbeigeführt.**

**E**r brachte zwei Anträge und einen Gesetzesentwurf in den Bundestag ein, die die Reste des Grundrechts auf Asyl noch weiter zerstören und den Überwachungs-Staat noch weiter ausbauen sollten.

Die freudige Unterstützung für seine rassistischen Manöver durch die faschistische AfD kalkulierte er mit ein. Damit ist nun erstmals auch im nationalen Parlament Deutschlands die vielbeschworene „Brandmauer“ gegen die Brandstifter von ganz rechts gefallen.

In der heißen Phase des Kampfs um Stimmen bei den am 23. Februar durchgeführten Bundestagswahlen setzte Merz voll auf das Thema Bekämpfung der „irregulären“ Migration.

Das Manöver der Merz-CDU (und ihrer Unterstützer) im Bundestag ist die *Blaupause* für den weiteren Ruck nach ganz Rechts. Der rasante Anpassungsprozess der „demokratischen Mitte“ an die Menschenverachtung der AfD ist aber weit mehr als bloße Wahltaktik.

## Autoritärer Staatsumbau

Dahinter verbirgt sich die Strategie eines autoritären Staatsumbaus, einer Art „Trumpismus made in Germany“. Sie soll die Macht der Milliardäre und Konzerne angesichts der globalen Krisen und Kriege weiter ausbauen. Bereits 2024 wurde sie mit den Forderungskatalogen der Kapitalverbände für „mehr Wettbewerbsfähigkeit“ vorbereitet.

Die seitdem geführten und medial massiv verstärkten Kampagnen vor allem gegen die „irreguläre Migration“, aber auch gegen den „Niedergang der deutschen Wirtschaft“, gegen „zu viel Bürokratie“, gegen „arbeitscheue“ Erwerbslose und „krankfeiernde“ Beschäftigte sollen diesen Umbau politisch beschleunigen.

Statt sich den zunehmenden Angriffen auf die Rechte von Jungen, Älteren, Geflüchteten, Frauen, Beziehenden von Bürgergeld, Erwerbslosen und abhängig Beschäftigten offensiv entgegenzustellen, ha-

ben sich vor allem die Führungen von SPD, Grünen und BSW dem Druck dieses Rechtsblocks angepasst.

Mit ihrer eigenen Migrations-Politik haben sie Rassismus und rechter Hetze zusätzlichen Raum zur Ausbreitung verschafft. Es ist seit langem bekannt: Das Kopieren des rechten Originals stärkt nur dieses selbst und nicht die Nachahmer, die sich als „kleineres Übel“ anpreisen.

Womit vor allem Merz und die ihn unterstützende Mehrheit der Bundestagsfraktion von CDU/CSU aber nicht gerechnet haben, sind die Massendemonstrationen nach deren schäbigem Coup am 25. Januar 2025.

## Widerstand statt Anpassung

Hauptnutznießer dieser Proteste war übrigens die reformistische Partei Die Linke, die wie Phönix aus der parlamentarischen Asche wieder auferstanden ist. Sie hat also nicht zuletzt dank der Merz-Aktion erfolgreich ihren Verbleib im Bundestag sichern und zudem seitdem zehntausende neuer Mitglieder gewinnen können.

Laut den zurückhaltenden Zählungen der

Polizei haben im ganzen Land bis zum 22. Februar 2025 weit über 1,4 Millionen Menschen gegen die Zusammenarbeit der Merz-CDU mit der AfD demonstriert.

Diese enorme Welle antifaschistischer Proteste übertrifft sogar die Wogen der Empörung im Januar 2024, als die zynischen „Remigrations“-Pläne der extremen Rechten durch das Recherche-Netzwerk *Correctiv* öffentlich gemacht wurden.

Womit die „christliche“ CDU/CSU auch nicht gerechnet hat, ist die scharfe Kritik an ihrer Hetze gegen Migration durch die Spitzen der evangelischen und der katholischen Kirche.

Die vielbeschworene parlamentarische „Brandmauer“ gegen die AfD hat sich jedenfalls als Illusion erwiesen. Gegen Faschismus hilft nur der aktive, einheitliche und solidarische Widerstand aller, die Menschen- und Grundrechte ohne Wenn und Aber verteidigen.

Aber wo bleiben die Initiativen der nationalen Gewerkschaftsvorstände zum Kampf gegen Faschismus und die verschärften Angriffe des Großkapitals? ■



Protest gegen Merz-Besuch in Mannheim, 6. Februar 2025.

Foto: O. T.

# Seminar zum Rechtsextremismus im Betrieb

## Den Einfluss der AfD in den Betrieben stoppen

S. T.

Um dem zunehmenden Einfluss rassistischer und faschistischer Hetze in den Weinheimer Freudenberg-Betrieben etwas entgegenzusetzen, führte die Ortsgruppe Weinheim der IG BCE am 19. Oktober 2024 ein Seminar mit dem Referenten Sebastian Ramnitz durch.

Der Hintergrund ist: Die AfD und rechtsextreme Gruppen haben in den vergangenen Jahren gerade in Betrieben und auch bei Gewerkschaftsmitgliedern massiv an Einfluss gewonnen. Diese Entwicklung fördert nicht nur den weiteren Rechtsruck in der Gesellschaft, sondern sie wirkt sich auch unmittelbar auf die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften aus.

Anhänger der extremen Rechten befeuern antidemokratische und rassistische Vorurteile, verdrehen und missachten Fakten und verbreiten Verschwörungserzählungen. Im Seminar ging es um verschiedene Erklärungsansätze für den Aufstieg rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Parteien und Bewegungen. Unterschieden werden kann zum Beispiel zwischen ökonomischen Ansätzen und solchen, die kulturelle Konflikte ins Zentrum rücken.

Für „die Vereinnahmung der Massen“ benutzen Rechtspopulisten unter anderem eine Anti-Establishment-Haltung, in der eine Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ zentral ist und ein exklusiver Volksbegriff vertreten wird.

### Hass und Hetze

Zuwanderung lehnen diese Rechten radikal ab und sie verachten demokratische Institutionen. Dabei instrumentalisieren sie Krisensituationen wie die Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg oder die Herausforderungen, die sich bei der Abwehr der Klima-Zerstörung ergeben.

Überdurchschnittlich empfänglich für rechtes Gedankengut sind Menschen, die in Krisenzeiten finanzielle Sorgen oder Angst vor Arbeitsplatzverlust haben und deren Vertrauen in demokratische und öffentliche Institutionen gering ist. Besonders häufig findet man diese Einstellungen im Kreis derjenigen, die bereits Verschwörungserzählungen rund um die Corona-Pandemie

zugeneigt waren.

Ökonomischen Ansätzen zur Erklärung der Rechtsentwicklung ist gemeinsam, dass sie die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen als Ergebnis verschärfter Verteilungskämpfe verstehen. Sie erklären rechtsextreme Orientierungen unter anderem als Ausdruck zunehmender sozialer Spaltungen in der Arbeitswelt, als verdrängte Klassenproblematik, als Abwertung von Arbeiter:innen und als Ergebnis von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Die sozioökonomische Polarisierung der vergangenen Jahre hat Verlierergruppen hervorgebracht, die besonders ansprechbar für rechtspopulistische Angebote wurden.

Schlechte Arbeitsbedingungen und das sich daraus ergebende Potenzial für Frust sowie Benachteiligungs- und Ohnmachtserleben sind ein Nährboden für die Entstehung antidemokratischer Einstellungen, die dann von rechten Parteien genutzt werden. Hier spielen der Faktor Arbeit und die finanziellen Verhältnisse in den Haushalten eine zentrale Rolle. Die Ungleichheit der Einkommen hat, schon vor Beginn der Corona-Krise, einen neuen Höchststand erreicht.

### Antifaschismus als Gewerkschaftsaufgabe

Nicht zuletzt stehen auch die Gewerkschaften vor der Aufgabe, gegen Abwertungserfahrungen in der Arbeitswelt anzutreten, die den Rechtsextremen und Faschisten in die Hände spielen.

Allerdings ist eine systematische Organisation der Gegenwehr bislang weitgehend ausgeblieben.

Viel zu oft wird in den Betrieben leider so reagiert:

- **Gewöhnung:** Rechte und rassistische Narrative finden Eingang in die Alltagskommunikation im Betrieb.
- **Verdrängung:** Gewerkschaftliche Anliegen, die über Tariffragen und den Betriebsalltag hinausgehen, scheinen zunehmend unerwünscht.
- **Verunsicherung:** Die Befürchtung möglicher Mitgliederverluste steht einer eindeutigen politischen Positionierung entgegen.

Die erwähnten Gewöhnungseffekte sind nicht zu unterschätzen. Die ständige Wiederholung rassistischer Ressentiments, Halbsätze und Schlagwörter führt dazu, dass auch von bisher Unbeteiligten die Realität zunehmend unter dem Blickwinkel rassistischer Deutungsmuster interpretiert wird.

Aussagen wie „Wir können nicht noch mehr Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen“ sorgen dafür, dass der Rassismus zunimmt. Oftmals sind solche Äußerungen kein klassisch rechtes Gedankengut, aber auch damit werden die Türen immer weiter für rechte und faschistische Ideologien geöffnet.

Es gilt, dieser gefährlichen Entwicklung entschlossen und überlegt entgegenzutreten. ■



Protest gegen Abbau bei Freudenberg in Weinheim, 27. April 2017.

# „Zeitenwende“ bei Alstom Görlitz Panzerbau und Personalabbau

H. N.

**Der 5. Februar 2025 wird später einmal als ein wichtiges Datum der deutschen „Zeitenwende“ verstanden werden. An diesem Tage fand eine als besonderes Ereignis inszenierte „Informationsveranstaltung“ im traditionsreichen Görlitzer Alstom-Werk statt.**

Im Beisein von Kanzler Scholz (SPD) und Sachsens Ministerpräsident Kretschmer (CDU) feierte Alstom-Manager Dawidowsky das Ende von mehr als 175 Jahren Schienenfahrzeugbau in der ostdeutschen Grenzstadt. Er sagte: „Wir freuen uns, dass es gelungen ist [,] für den Standort und die Beschäftigten eine gute und nachhaltige Lösung zu finden.“

## „Eine gute und nachhaltige Lösung“?

Wie sieht diese „gute und nachhaltige Lösung“ aus? Laut Alstom ist die Übernahme von „350 bis 400 der rund 700 Beschäftigten“ mit dem Panzerbauer KNDS vereinbart. Zudem wolle KNDS „prüfen“, bis zu 75 weiteren Mitarbeitenden Jobs an anderen KNDS-Standorten „anzubieten“. Weitere 100 Stellen-Angebote soll es bei anderen Alstom-Werken geben. Angeblich könnten „somit rund 580 der 700 Mitarbeitenden bei Alstom oder KNDS eine Weiterbeschäftigung finden“.

Unter dem Strich wird etwas mehr als die Hälfte der Belegschaft in Görlitz an KNDS „verkauft“. Der „Rest“ soll abgebaut beziehungsweise mit der Hoffnung auf eventuelle Job-Angebote bei KNDS und bei Alstom ruhiggestellt werden. Zudem will der Konzern das riesige Werksgrundstück meistbietend verkaufen. Und das alles, obwohl bisher kein verbindlicher Interessenausgleich und Sozialplan mit dem Betriebsrat vereinbart worden ist. Mit dieser Taktik kann Alstom weitere Millionen für seine Kahlschlag-Strategie einsacken

## „Ein neues Kapitel“

Die Vernichtung hunderter, dringend für die stockende Verkehrswende zur Schiene erforderlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze ist an sich schon ein Skandal erster Güte.

Seine noch viel gefährlichere Dimension

enthüllte Scholz. Er stand vor einem Banner mit der an George Orwell erinnernden Aufschrift „Gute Zukunft für den Industriestandort Görlitz“ und beglückwünschte sich selbst, die beiden Konzerne sowie die (Noch-)Beschäftigten zu diesem Ab- und Umbau-Projekt. Scholz stellte fest: „Wir haben diesen Übergang eng begleitet [...] Mit diesem Tag beginnt ein neues Kapitel.“

Auch für manche in der IG Metall (IGM) hat offenbar „ein neues Kapitel“ begonnen. Als 2016 Schließungspläne für das damals zu Bombardier gehörende Werk in Görlitz bekannt wurden, reagierte die IGM noch mit harten Worten. Wenn der Konzern an seinen Plänen festhalte, dann „sind wir im Krieg“.

## „Sozialpartnerschaft“ als Sackgasse

Jetzt soll ab 2026 für Krieg(e) produziert werden, doch der Zweite Vorsitzende der IGM, Kerner, meint dazu: „Nach Jahren der

Unsicherheit haben die Beschäftigten endlich Klarheit. Als IG Metall waren wir auf allen Ebenen aktiv an der Suche nach einem Investor für den Standort Görlitz beteiligt. Die gefundene Lösung ermöglicht nun dem Großteil der Beschäftigten eine gute berufliche Perspektive“.

Wo bleibt die kritische Bilanz des mit Verzicht auf das Urlaubsgeld erkauften und von Alstom nicht umgesetzten „Zukunftstarifvertrags“?

Die von der IGM-Spitze verbreiteten Illusionen in „Sozialpartnerschaft“ und „Co-Management“ werden die Gewerkschaftsbasis weiter schwächen und die AfD noch mehr stärken.

Gewerkschaftliche Gegenmacht geht anders – ganz besonders in Zeiten des autoritären Rechtsrucks und des verschärften Klassenkampfes von oben. Alle Aktiven in der IG Metall sind mehr denn je gefordert, für die dringend erforderliche Kursänderung zu kämpfen. ■



Werksgelände in Görlitz, 17. Juli 2019.

Foto: Gemeinfrei (CC BY-SA 4.0).

# Mercedes-Benz, Daimler Truck und die „Diktatur der Zahlen“

M. G.

**Die meisten Medien verbreiten unablässig die Erzählung von der „Krise der Autoindustrie“. Damit ist nicht der bewusst verhinderte soziale und ökologische Umbau dieser mächtigen Branche gemeint. Nein, es geht um die öffentlichkeitswirksame Unterstützung der Jagd nach immer weiter steigenden Profiten zum Beispiel bei Mercedes-Benz und bei Daimler-Truck.**

**W**orin besteht dieser Lesart zufolge nun die Krise bei Mercedes-Benz? Die Netto-Profiten betragen 2023 14,5 Mrd. €, 2024 aber „nur“ 10,4 Mrd. €. Zur Erinnerung: 2021 lag diese Zahl bei 11,1 Mrd. €.

## „Profit, Profit, Profit!“

Einer der Vorgänger des jetzigen Mercedes-Bosses Källenius hieß Schrempp. Als letzterer nach seinen wichtigsten Unternehmenszielen gefragt wurde, lautete seine Antwort: „Profit, Profit, Profit!“. Schrempp war ein begeisterter Anhänger Jack Welchs, des globalen Management-Superstars der 1990er Jahre und Erfinders der „Diktatur der Zahlen“.

Die Folgen dieser strategischen Orientierung sind mittlerweile bei Mercedes unübersehbar. Der Konzern wurde und wird permanent umgebaut.

Die ehemalige Daimler AG firmiert nach der Abspaltung der Nutzfahrzeugsparte als Mercedes-Benz Group AG. Bei der Bilanzpressekonferenz am 20. Februar 2025 verkündete die Konzernleitung, wie sie die „Krise“ überwinden will – durch eine Umsatzrendite von mehr als 10 Prozent in 2026.

Nicht zuletzt sollen dazu „Kostensenkungen“ beitragen. Das Management will rund fünf Mrd. Euro bis Ende 2026 „einsparen“.

Im Fokus stehen dabei die Beschäftigten. Geplant ist Medienberichten zufolge die Kürzung des bezahlten Weihnachts- und Silvesterurlaubs sowie der jährlichen „Erfolgs-Prämie“.

Die Rede ist vom Abbau von bis zu 20.000 Arbeitsplätzen. Dieser soll zunächst durch „natürliche Fluktuation“ und „freiwillige Abfindungen“ geschehen. Derzeit werde „noch nicht“ an „betriebsbedingte Kündigungen“ gedacht.

## Abbau auch bei Daimler Truck?

Auch bei dem Nutzfahrzeughersteller Daimler Truck, an dem Mercedes-Benz nur noch einen Anteil von 30 Prozent hält, soll es „Kostensenkungen“ geben.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Kaeser fordert für das Unternehmen Daimler Truck sogar 15 Prozent Umsatz-Rendite. Das ist das Doppelte der bisherigen Marge im Europageschäft des Konzerns.

Bis 2030 will deshalb die Daimler Truck-Chefin Rädström die jährlichen „Kosten“ vor allem zu Lasten der Beschäftigten um

mindestens eine Milliarde Euro drücken. Der Schwerpunkt der Kürzungen soll laut der Managerin in Deutschland stattfinden. Auch Werksschließungen schließt sie nicht aus. Es wird gemunkelt, dass es um den Abbau von 5.000 Stellen geht.

Es wäre ein großer Fehler, wenn sich die Beschäftigten sowohl bei Daimler Truck als auch bei Mercedes-Benz nicht gegen diese und weitere zu erwartende Angriffe wappnen würden.

Es gibt keinen ernstzunehmenden Grund, vor der von oben verordneten „Diktatur der Zahlen“ einzuknicken. Vor allem sollten sich die Belegschaften der einzelnen Werke nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam und solidarisch für ihre Interessen kämpfen.

Hier, in ihrem Kernbereich der Fahrzeugindustrie, ist die zuständige Gewerkschaft IG Metall gefordert, jetzt endlich – im Unterschied zu Volkswagen 2024 – wirkliche Gegenwehr zu organisieren. Das bedeutet auch, die Frage der Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich neu aufzuwerfen.

Es gibt kein Recht auf Profitmaximierung! ■



IGM-Streik beim Benz in Mannheim-Waldhof, 2. Februar 2018.

Foto: Privat.



# Bezirksdelegiertenversammlung der IGBCE Mannheim

## Wohin soll sich die IGBCE entwickeln?

O. T.

Am 14. Februar 2025 fand zur Vorbereitung des diesjährigen bundesweiten Gewerkschaftskongresses der IGBCE im Oktober die Bezirksdelegiertenversammlung des Bezirks Mannheim der Gewerkschaft in Mannheim statt.

**D**ie anwesenden rund 80 Delegierten und Ersatzdelegierten hatten über die Neuwahl des Bezirksvorstands und über die Besetzung verschiedener interner Organisationsfunktionen abzustimmen. Dazu kam die Abstimmung über insgesamt 31 Anträge, die im Wesentlichen den Gewerkschaftskongress als Adressaten hatten und Einfluss auf die zukünftige Politik der IGBCE nehmen sollen.

Die politischen Gäste, der Mannheimer OB Specht (CDU) und die örtliche SPD-Bundstagsabgeordnete Cademartori, sowie die Landesbezirksvorsitzende der IGBCE, Katharina Clay, sprachen Grußworte.

### Einstellen auf rauere Zeiten?

Francesco Grioli, Mitglied des Hauptvorstands der IGBCE, hielt das Grundsatzreferat. Er schlug dabei durchaus schärfere Töne an, die man so bisher selten auf IGBCE-Konferenzen gehört hat. So wies er zum Beispiel auf notwendige Veränderungen im Umgang mit Geschäftsleitungen hin, die ihrerseits im Umgang mit Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten das „Gebot der Fairness“ nicht einhalten.

Wie ernst solche Äußerungen gemeint sind, bleibt abzuwarten. Bislang ist jedenfalls nicht zu erkennen, dass die IGBCE von ihrer bisherigen strikten Linie der Sozialpartnerschaft abrücken will.

Bei den sich anschließenden Organisationswahlen wurde Jens Lehfeldt zum neuen Vorsitzenden des Bezirks Mannheim gewählt. Er löst den bisherigen Vorsitzenden Frank Gottselig ab, der sich für den neu zu wählenden Hauptvorstand der IGBCE bewerben will.

Während bei den Organisationswahlen die vorgeschlagenen Personen ohne weitergehenden Diskussionsbedarf einmütig bestätigt wurden, gab es bei den Abstimmungen zu den nachfolgenden inhaltlichen Anträgen doch zumindest Diskussionsbedarf und einige Nachfragen.



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2023.

Foto: Avanti².

### Interessante Anträge

Interessant und wichtig war, dass Anträge zur politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme wie gegen Aufrüstung und Krieg, für eine engere Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit sozialen Bewegungen und gegen den Rechtsextremismus praktisch ohne Gegenstimmen angenommen wurden.

Dies gilt auch für den Antrag des Bezirksvorstands für das Verbot von Verdachtskündigungen und den weitreichenden Antrag, dass die Gewerkschaft aktiver werden muss gegen Betriebsratsmobbing.

Weiterhin gab es wichtige Anträge zur Förderung von Frauen und zur Anerkennung von Care-Arbeit, gegen die Privatisierung der öffentlichen Grundversorgung, für die Sicherung der Rente und gegen die Altersarmut.

Mehrere Anträge forderten den Einsatz der Gewerkschaft für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich. Außerdem wurde der stärkere Einsatz für die Verbesserung der Arbeitsbe-

dingungen sowie des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gefordert.

### Wie weiter?

Insgesamt haben sich zehn innergewerkschaftliche Organisationsstrukturen (darunter VL-Körper von fünf Betrieben, das Frauenforum Mannheim, der Bezirksvorstand, die IGBCE-Jugend Mannheim und zwei Ortsgruppen) mit Anträgen an dieser Versammlung beteiligt. Bei dem Einreichen von Anträgen an die Bezirksdelegiertenversammlung gibt es also noch Luft nach oben.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Anträge in ihren wesentlichen Inhalten ohne größere Widersprüche der Delegierten an den Gewerkschaftskongress zur Weiterbehandlung weitergeleitet wurden. Die angenommenen Anträge der Delegiertenkonferenz sollen nun von der nachfolgenden Landesdelegiertenkonferenz in Stuttgart abgestimmt und bei Annahme auf dem Gewerkschaftskongress im Oktober als Auftrag zur Beschlussfassung eingereicht werden. ■

# BR-Mobbing, Verdachtskündigungen und das faschistische Arbeitsunrecht

H. N.

**Ein nicht unwesentliches Element des aufhaltbaren Aufschwungs des Faschismus in Deutschland ist in der Arbeitswelt zu finden.**

Zum einen gibt es die zunehmenden Prozesse der Zerstückelung, Verlagerung oder gar Schließung großer tarifgebundener, vor allem industrieller Betriebe. Durch sie wird kollektiver Zusammenhalt von Beschäftigten geschwächt bzw. gänzlich eliminiert. Zum anderen können nur politisch Betäubte das immer weiter fortschreitende Zurückdrängen gewerkschaftlicher Organisierung und die sich ausbreitende Bekämpfung von aktiven Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern ignorieren.

Hellwach ist erfreulicherweise die Göttinger Professorin Nicole Mayer-Ahuja. Ihr zufolge zählten 2001 die DGB-Gewerkschaften etwa acht Millionen Mitglieder, aktuell sind es nur noch rund 5,6 Millionen. Der Anteil der Betriebe mit Betriebsrat ist der Arbeitssoziologin zufolge von 51 Prozent auf 42 Prozent zurückgegangen. Ihre Schlussfolgerung: „Es wäre ein guter Schritt, gegen Betriebsratsmobbing und Unionbusting vorzugehen.“

Der Sozialwissenschaftler Klaus Dörre spricht von einem „Generalangriff auf Gewerkschaften und Mitbestimmung.“ Er betont, dass die kommenden Auseinandersetzungen darüber entschieden, ob Gewerkschaften als handlungs- und konfliktfähige Akteure erhalten blieben.

## Existenzbedrohende Angriffe

Eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) stellte 2024 fest, dass sich die Behinderung von Betriebsratswahlen im Zeitraum 2020-2022 mehr als verdoppelt hat. Bezeichnenderweise taucht der Begriff Verdachtskündigung kein einziges Mal in dieser Untersuchung auf.

Kennzeichnend ist auch, dass es offenkundig keine systematische Erfassung der existenzbedrohenden Angriffe gegen Betriebsräte und aktive Gewerkschaftsmitglieder gibt.

Betroffen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung sind Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe aller Branchen. Die Spanne reicht vom global agierenden Großkonzern Tesla des Faschisten-

freunds Musk über das mittelständische Unternehmen ProMinent, dessen Miteigentümer Rainer Dulger (BDA-Präsident und damit ranghöchster „Sozialpartner“ der Republik) ist, bis zum kleinen, inhabergeführten Autohaus Ford Kohlhoff.

Das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ hat die Methoden der BR-Mobber und Gewerkschaftshasser aufgrund seiner langjährigen Unterstützungsarbeit für die Opfer dieser Art des Klassenkampfes von oben genau analysiert.

Es fängt meistens mit von den Betroffenen kaum wahrgenommenen Nadelstichen an. Die Endstufe ist mit der Zerschlagung eines funktionierenden gewerkschaftlich organisierten BR-Gremiums und/oder der Entfernung des/der Betriebsratsvorsitzenden erreicht.

Schreiner & Partner, sicherlich die führende Kanzlei für die „arbeitsrechtliche“ Umsetzung von BR-Mobbing hierzulande, wirbt im Netz unverfroren mit dem Beitrag „Die Verdachtskündigung – Kündigen ohne die begangene Pflichtverletzung zu beweisen“. Verschwiegen wird, dass die Verdachtskündigung ein Instrument des faschistischen Arbeitsunrechts ist.

## Gegen Verdachtskündigungen

Laut dem Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ werden jährlich mehrere hundert Kolleg:innen Opfer von Verdachtskündigungen. Dieser Einschätzung nach ist das aber nur die öffentlich bekannte Spitze eines zunehmend größer werdenden Eisbergs.

Bereits auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 2015 wurde ein Antrag aus Mannheim angenommen, der unter anderem festlegt: „Insbesondere ist das Mittel der ‚Verdachtskündigungen‘ von Betriebsrätinnen und Betriebsräten durch den Gesetzgeber zu unterbinden und auch im Arbeitsrecht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung Vorrang zu geben.“

In Ergänzung dazu wurde auf dem DGB-Bundeskongress 2018 beschlossen, „dass das Mittel der ‚Verdachtskündigungen‘ von Betriebsräten und Betriebsrätinnen durch den Gesetzgeber unterbunden wird und auch im Arbeitsrecht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung Vorrang zu geben ist.“

Es ist nicht bekannt, ob es Schritte zur Umsetzung dieser beiden Beschlüsse gegeben hat. Jedenfalls ist bis heute keine gewerkschaftliche Strategie für die Abschaffung der rechts- und verfassungswidrigen Verdachtskündigung zu erkennen.

Gerade angesichts des Rechtsrucks und dessen Auswirkungen auf die Arbeitswelt ist es höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts zu beenden. Der *Offene Brief an die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und des DGB – „Nie wieder ist jetzt!“: Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts beenden!* sollte auch deshalb aktiv verbreitet und unterstützt werden ([www.gegen-br-mobbing.de/images/KONFERENZ/241012\\_Offener\\_Brief.pdf](http://www.gegen-br-mobbing.de/images/KONFERENZ/241012_Offener_Brief.pdf)).



Protest gegen BR-Mobbing vor der BDA-Zentrale in Berlin, 4. Mai 2024.

# Die Neue Populäre Front in Frankreich – ein Hoffnungsschimmer?

## ISO-Infoabend zur Nouveau Front Populaire

N. B.

Am 31. Januar 2025 kam unser französischer Genosse Antoine Larrache zu uns nach Mannheim. Als langjähriger Aktivist der Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA, IV. Internationale) berichtete er von dem Wahl- und Aktionsbündnis Nouveau Front Populaire (NFP, Neue Populäre Front).

**A**ntoine ordnete die Entstehung und das Wirken der NFP zunächst in den gesellschaftlichen Kontext ein. Auch in Frankreich drückt sich die globale Krise aus, unter anderem in Massenentlassungen von etwa 800.000 Beschäftigten und einer Verschärfung rassistischer Angriffe von oben.

Politisch kommt es dabei zu einer Polarisierung zwischen rechten und linken Kräften. In Frankreich ist zu beobachten, dass reaktionäre Kräfte und die Großbourgeoisie sich dem rechtsextremen Rassemblement National (RN) anschließen. Eine Massenbasis jenseits von Wahlen konnte der RN nach Antoinettes Einschätzungen aber noch nicht aufbauen.

### Front gegen den rechten RN

Angesichts der Gefahr einer Mehrheit für den RN bei den Parlamentswahlen 2024 schlossen sich zahlreiche größere und kleinere linke Parteien und Gruppen zur NFP zusammen. Mit dem Fokus auf den Wahlen konnten sie eine starke Basis aufbauen. Insbesondere in Wohnvierteln der arbeitenden Klasse gelang eine großflächige Mobilisierung. Strukturen und Komitees wurden vor allem in Industrie-Regionen und im Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen geschaffen. So stellte die NFP ein Programm auf, das viele der Probleme der arbeitenden Klasse aufgreift und damit einen starken emanzipatorischen, wenn auch nicht revolutionären Charakter aufweist.

### Einheit oder Politpöstchen?

So gelang es der vereinten gesellschaftlichen Linken in Frankreich, den Wahlsieg des rechten RN zu verhindern. Nach der Wahl zeigte sich aber auch die Schwäche des Bündnisses, so Antoine. Die größeren Parteien ließen den Einheitsgedanken schnell hinter sich und begaben sich in Machtkämpfchen um einzelne Parlaments- und Regierungsposten. Die Basis-Arbeit ließen sie nahezu fallen und es kostet Organisationen wie unserer Schwesterpartei NPA viel Kraft, zumindest einige Basiskomitees aufrecht und aktionsfähig zu halten.

### Klassenbewusstsein dort und hier

In unserer Diskussion stellten wir fest, dass die politische Lage in Frankreich und Deutschland sich in vielem ähnelt. Einen entscheidenden Unterschied fanden wir jedoch in der relativen Stärke der radikal linken Kräfte. Anders als bei den meisten linken Ansätzen in Deutschland ist es der NFP gelungen, Teile der

arbeitenden Klasse in die Mobilisierung zu integrieren. Antoine beschrieb auch, wie in bestimmten Teilen der Arbeiterschaft das politische Bewusstsein zunimmt und insbesondere in den unteren Schichten der Klasse der Kampf gegen Rassismus eine bedeutende Rolle spielt.

Auch wenn die Entwicklungen der NFP nach den Wahlen Ernüchterungen mit sich brachten, haben die Aktiven in ihren Komitees doch Strukturen geschaffen. Sie versuchen, diese aufrecht zu erhalten oder zu reaktivieren. Denn es ist angesichts der globalen und nationalen Lage nur eine Frage der Zeit, bis weitere, noch schärfere Krisen ausbrechen.

### Was wir hierzulande lernen können

Mit etwas Abstand zu dem hoch interessanten Infoabend zur NFP in Frankreich sollten wir mit Blick auf die Situation in Deutschland mindestens eine wichtige Lehre aus den Erfahrungen unserer französischen Genoss:innen ziehen: Das Mobilisieren zur Wahl kann ein Ausgangspunkt sein. Die Aktivität gilt es jedoch darüber hinaus fortzuführen, geschaffene Strukturen zu halten und aufzubauen. In den letzten Wochen haben Tausende mit unermüdlichem Einsatz dazu beigetragen, dass die Linkspartei wieder in den Bundestag einzieht. Mit den starken 8,8 % ist jedoch kein Endpunkt erreicht. Vielmehr gilt es, die entstandene Aktivität in den Aufbau starker Strukturen der linken Bewegung zu orientieren, die abseits von Parlamenten unsere Grundrechte verteidigt und Widerstand organisiert. ■



Demo gegen Faschismus in Paris, 15. Juni 2024.

# Vor 500 Jahren: Der Deutsche Bauernkrieg (II)

E. B.

Am 6. März 1525 versammelten sich rund 50 Vertreter der aufständischen Bauern in Memmingen, um sich zu koordinieren. Sie verabschiedeten dort auch ihre Forderungen, die als *Zwölf Artikel* niedergeschrieben wurden. Sie gelten als eines der ersten schriftlichen Programme für Menschen- und Freiheitsrechte.

Am 19. März 1525 wurden die *Zwölf Artikel* erstmals gedruckt. In einer für die damalige Zeit enormen Auflage von über 25.000 Exemplaren verbreiteten sie sich schnell über Oberschwaben hinaus und beeinflussten die politischen Ziele der Aufständischen andernorts.

Kurz zusammengefasst beinhalten die *Zwölf Artikel* folgende Forderungen:

1. Das Recht jeder Gemeinde, ihren Pfarrer zu wählen und abzusetzen. Der Pfarrer soll das Evangelium unverfälscht predigen.
2. Der Pfarrer soll aus dem *großen Zehnten* („Kirchensteuer“ auf Getreide und Großvieh) besoldet werden. Der *kleine Zehnt* (für Kleinvieh, Obst und Gemüse ...) soll abgeschafft werden.
3. Die Leibeigenschaft ist abzuschaffen, alle Menschen sollen gleich und frei sein.
4. Auch der „arme Mann“ soll das Recht haben, Wild, Geflügel und Fische zu fangen.

5. Die von den Herrschaften angeeigneten Gemeindewälder sollen wieder der Gemeinde zurückgegeben werden.

6. Die unentgeltlichen Frondienste zugunsten der Herrschaften sollen reduziert werden.

7. Die Herrschaft soll diese Dienste nicht über das ursprünglich festgesetzte Maß hinaus erhöhen können.

8. Die Pachtabgaben an die Herrschaften sollen so festgesetzt werden, dass der Bauer einen ausreichenden Lohn für sein Tagewerk erhält.

9. Gerichtsbußen sollen sachlich und nicht nach Gutdünken verhängt werden.

10. Von Herrschaften angeeignetes Gemeindeland soll wieder in Gemeineigentum zurückgeführt werden.

11. Der *Todfall* (eine Art Erbschaftsteuer) soll völlig abgeschafft werden.

12. Wenn einzelne dieser Forderungen

nicht gemäß dem Evangelium zu begründen wären, soll von ihnen abgesehen werden. ■



Fresko in Memmingen, 29. September 2008.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 06.03.2025, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- DO, 06.03.2025, 17:00 Uhr, Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, Gewerkschaftshaus, Otto-Brenner-Saal, Eingang Cahn-Garnier-Ufer/Ecke Hans-Böckler-Str. 1, MA
- FR, 07.03.2025, 19:00 Uhr, Dokumentarfilm „Die Aufrechte – Anette Langendorf“, Stadtheim Naturfreunde, Zum Herrenried 18, MA
- SAM, 08.03.2025, 16:00 Uhr, Demo zum Internationalen Frauenkampftag, Gewerkschaftshaus, MA
- SAM, 15.03.2025, 09:30 Uhr, Busabfahrt der IGM zum Aktionstag nach Frankfurt/M., u. a. ab Gewerkschaftshaus, MA
- SAM, 15.03.2025, 14:00 Uhr, Demo „Hände weg von Rojava!“, Wasserturm, MA
- FR, 28.03.2025, 19:00 Uhr, Infoabend der ISO Rhein-Neckar zu einem aktuellen Thema, MA



Impressum:  
ISO Rhein-Neckar  
VfSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de  
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn  
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

